

Formblatt für eine Unterstützungsunterschrift (Landesliste) ⁴⁾

Eine Unterschrift ist nur gültig, wenn sie die/der Unterzeichner/in persönlich und handschriftlich geleistet hat. Unterschriften dürfen erst gesammelt werden, wenn die Landesliste aufgestellt ist. Vorher geleistete Unterschriften sind ungültig. Jede/r Wahlberechtigte darf mit seiner/ihrer Unterschrift nur eine Landesliste unterstützen. Wer mehrere Landeslisten unterzeichnet, macht sich nach § 108d i. V. mit § 107a des Strafgesetzbuches strafbar.



Ausgegeben: Düsseldorf, den 26.04.2017

Der Landeswahlleiter

Schellen

Unterstützungsunterschrift

Ich unterstütze hiermit durch meine Unterschrift die Landesliste der Partei

Deutsche Mitte (DM)

bei der Wahl des 19. Deutschen Bundestages für das Land Nordrhein-Westfalen.

Vollständig in Maschinen- oder Druckschrift ausfüllen:

Familienname: _____

Vornamen: _____

Geburtsdatum: _____

Anschrift (Hauptwohnung) ¹⁾
Straße, Hausnummer: _____

Postleitzahl, Wohnort: _____

Ich bin damit einverstanden, dass für mich eine Bescheinigung des Wahlrechts eingeholt wird.²⁾

_____, den _____

Persönliche und handschriftliche Unterschrift

Nicht von der/dem Unterzeichner/in auszufüllen:

Bescheinigung des Wahlrechts ³⁾

Die/Der vorstehende Unterzeichner/in ist Deutsche/r im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes. Sie/Er erfüllt die sonstigen Wahlrechtsvoraussetzungen des § 12 des Bundeswahlgesetzes, ist nicht nach § 13 des Bundeswahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen und im Land Nordrhein-Westfalen wahlberechtigt.

_____, den _____

Die Gemeindebehörde

(Dienstsiegel)

1) Bei außerhalb der Bundesrepublik Deutschland lebenden Wahlberechtigten ist der Nachweis für die Wahlberechtigung durch die Angaben gemäß Anlage 2 und Abgabe einer Versicherung an Eides statt zu erbringen.
2) Wenn die/der Unterzeichner/in die Bescheinigung ihres/seines Wahlrechts selbst einholen will, bitte streichen.
3) Die Gemeindebehörde darf das Wahlrecht jeweils nur einmal für einen Kreiswahlvorschlag und eine Landesliste bescheinigen; dabei darf sie nicht festhalten, für welchen Wahlvorschlag die erteilte Bescheinigung bestimmt ist. Die Wahlberechtigung der Unterzeichnerin/des Unterzeichners muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein.